

## Ellwangen ist erst der Anfang

Rund 200 bis 250 Asylbewerber haben die Abschiebung eines Asylanten gewaltsam in Ellwangen verhindert. Sie schlugen gegen die Fahrzeuge der Polizei, die den Mann schließlich laufen ließ. Die Beamten mussten die Aktion abbrechen, weil die Situation für die Streifenwagenbesetzungen zu gefährlich wurde. Unterstützung durch andere Polizeikräfte sei nicht in Sicht gewesen. Zunächst hätten sich rund 50 Bewohner der Einrichtung mit dem Abzuschiebenden solidarisiert, erklärte das zuständige Polizeipräsidium in Aalen später. In der weiteren Folge rotteten sich ca. 200 bis 250 sog. "Flüchtlinge" zusammen und gingen gegen die Beamten vor. Sie kesselten die Streifenwagen ein, schlugen gegen die Fahrzeuge und bedrängten aggressiv die Polizisten. Ein von den Migranten beauftragter Security-Mitarbeiter überbrachte der Polizei ein Ultimatum, wonach der festgenommene Asylant binnen zwei Minuten freigelassen werden sollte, ansonsten würde die Sturmung erfolgen. Dem Druck gaben die Beamten nach.

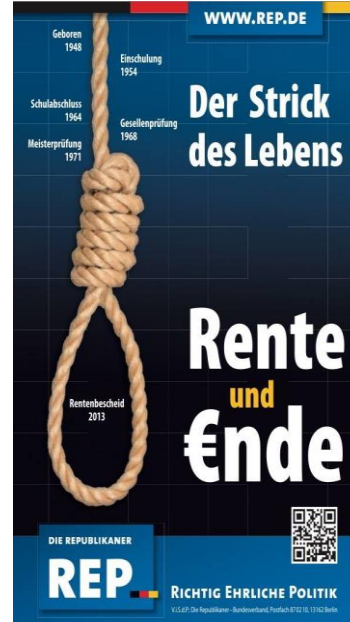
Erst mehrere Hundertschaften und Spezialkräfte konnten drei Tage später die Asylantenunterkunft stürmen und mehrere Personen festnehmen, so auch den Abschiebekandidaten. Wie sich jetzt herausgestellt hat, fand im Vorfeld eine Mobilisierung unter den Asylbewerbern statt, um gezielt eine Abschiebung zu verhindern. Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) wollte von den Vorgängen erst zwei Tage nach der Eskalation erfahren haben- aus den Medien.

Damit wurde deutlich, dass künftig der Widerstand jener Personen zunehmen wird, die auch vor Gewalt nicht zurückschrecken und mit allen Mitteln in Deutschland bleiben wollen. So ermangelte es auch an dem Verständnis der afrikanischen "Fachkräfte", wie sich an Äußerungen gegenüber der Presse zeigte. Immer wieder wurde betont, dass Deutschland doch ein Welcome-Motto ausgegeben hat und deshalb niemand abgeschoben werden darf. Die Folgen dieser Willkommenskultur dürften die Bürger in Ellwangen erleben und weitere Städte werden folgen.

## Integrationsprogramme werden aufgestockt

Mit weiteren Programmen sollen unqualifizierte und rechtsstaatsferne Migranten besser in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. So ist u.a. ein Wertekunde-Unterricht vorgesehen, der bestehende Defizite bei den Zuwanderern abbauen soll. Es bleibt nichts unversucht und mit zusätzlichen Steuergeldern sollen Personen für einen Aufenthalt in Deutschland geschult und arbeitsfähig gemacht werden. Dieses Engagement wäre gegenüber den eigenen Bürgern wünschenswert, die nicht geringqualifiziert sind. Aus Sicht der Altparteien lohnt sich dieser Einsatz für das eigene Volk aber offenbar nicht.

## Groko und die angebliche Rentenrettung



Die Große Koalition verspricht eine stabile Rente und einen moderaten Beitragssatz. Beides zusammen dürfte bei dem jetzigen Model aber kaum umsetzbar sein und würde zu Zusatzkosten in Milliardenhöhe führen. So will die GroKo das Rentenniveau bis 2025 nicht unter 48 Prozent fallen lassen. Sollte dieses Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode gestartet werden,

dann müssten jedes Jahr viele Milliarden Euro Steuergeld zusätzlich an die Rentenkasse überwiesen werden, um die Finanzierungslücke zu schließen. Diese Lücke ergibt sich aus der sinkenden Zahl der Beitragszahler bei gleichzeitig immer mehr Rentnern, sowie der Zweckentfremdung von Rentenbeiträgen. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD als Ziel vereinbart, das Rentenniveau bis 2025 nicht unter 48 Prozent fallen zu lassen. Außerdem soll der von Arbeitnehmer und Arbeitgeber hälftig zu zahlende Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen.

Eine Untersuchung der Forscher vom Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München führt aber zu einem anderen Ergebnis. So soll von 2023 an die Haltelinie für das Rentenniveau unterschritten und zwei Jahre später der Beitragssatz von 20 Prozent überschritten werden. Dadurch würden im Jahr 2025 elf Milliarden Euro fehlen, 2030 sind es bereits 45 Milliarden Euro, 2035 dann 80 Milliarden Euro und 2048 mehr als 125 Milliarden Euro im Jahr. Um die Finanzierungslücke beispielsweise allein mithilfe der Mehrwertsteuer zu schließen, die aktuell noch bei 19 Prozent liegt, müsste diese gemäß den Berechnungen 2030 um wenigstens drei Prozentpunkte erhöht werden, bis 2036 wären es schon sechs Prozentpunkte, langfristig müsste die Steuer sogar bei 26 Prozent liegen.

Damit dürfte auch dieses Projekt ein reines Wahlversprechen bleiben, deren Umsetzung nicht erfolgen kann und wird. Leitragende werden erneut Millionen Rentner und Beitragszahler sein, die auf eine Veränderung hoffen.

## Ministerpräsident lädt Republikaner ein

Am 04.05.2018 wurde erstmalig ein Republikaner in Sachsen zum Bürgerforum in Dresden eingeladen. Die Einladung erfolgte durch den Ministerpräsidenten M. Ketschmer. Laut Einladung sollten die Ergebnisse der Gesprächsrunden erläutert und besprochen werden. Da sich auch nach über sechs Gesprächsrunden viele Bürger nicht verstanden fühlten, nutzten diese bei der Veranstaltung die Chance ihren Unmut am Mikrofon kundzutun. Viele gute Redebeiträge brachten den Ministerpräsidenten mehrfach in Bedrängnis. Konkrete Ergebnisse konnten wegen des Andrangs jedoch nicht besprochen werden, weshalb ein erneutes Gespräch in kleinem Rahmen folgend müsste, teilten die Republikaner in Sachsen mit.

Sachsens neuer Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hält es für richtig, dass zu einer Bürger-Gesprächsrunde seiner Landesregierung auch kritische Bürger eingeladen werden. Es gehe um einen breit angelegten Bürgerdialog, den bereits sein Vorgänger Tillich angestoßen habe, argumentierte Kretschmer, der seit Dezember 2017 Regierungschef von Sachsen ist. Diese Einstellung kann man nur begrüßen und dürfte bei den anderen Vertretern der Altparteien kaum Nachruhm finden. So empörte sich bereits am nächsten Tag die Presse darüber, dass ausgerechnet ein Republikaner an der Diskussion teilnehmen durfte.

## 20.05.18: Kundgebung in Sachsen

Bereits jetzt möchten wir auf einen Termin am 20.5.18 hinweisen. An diesem Tag findet eine Kundgebung des REP-Landesverbandes Sachsen statt. Beginn ist um 13.00 Uhr. Weitere Details folgen in der nächsten Ausgabe oder auf der Internetseite des Verbandes ([www.sachsen-rep.de](http://www.sachsen-rep.de)).

Wir hoffen auf eine rege Teilnahme, denn diese Veranstaltung ist ein Teil der Informationsoffensive, die in Sachsen gestartet wurde und neben Verteilungen, Infoständen und Saalversammlungen die Kampagne abrundet.

## EU: Kosten steigen und Förderungen gekürzt

EU-Haushaltskommissar Oettinger stellte kürzlich das neue Sieben-Jahres-Budget der Europäischen Union vor. Wegen des Brexit und zusätzlicher Aufgaben sind darin Kürzungen vorgesehen. Besonders betroffen ist Deutschland, aber nicht nur hinsichtlich der steigenden Beiträge. Sie soll es die Fördertöpfe für Landwirte und die ländlichen Regionen treffen. Seit 2014 stehen für die Agrarförderung in Deutschland jährlich 6,2 Milliarden Euro an EU-Mitteln bereit. Der neue, mehrjährige Finanzrahmen sieht an dieser Stelle rund fünf Prozent weniger vor. Ein Teil der Förderung fließt derzeit in Form von Direktzahlungen an die Landwirte. Sie erhalten je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche eine Basisprämie, die je nach Bundesland und Förderperiode variiert. Hinzu kommen weitere Förderungen, unter anderem für klima- und umweltschutzfördernde Leistungen sowie für Junglandwirte. Auch eine Regelung über Prämien für kleine und mittlere Betriebe ist seit 2015 enthalten. Für viele Bauern sind die Direktzahlungen der EU unersetzlich. Ein Grund dafür ist der fehlende Handlungsspielraum bei den Preisen gegenüber dem Handel.

## HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich

einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**



Spenden für  
Deutschland >



## Kontakt:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder [kontakt@rep.de](mailto:kontakt@rep.de)

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,  
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

## VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, z.B. in Bruchsal und Wiesental. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep-nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de



# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER (REP)**  
**Bundesverband**  
**Postfach 870210**  
**13162 Berlin**



## Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: [bund@rep.de](mailto:bund@rep.de)

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

### Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Landesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bundesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG  EDV  Ausw.  Mitgl.nr.